

Auseinandersetzungen um die Nakba-Ausstellung



Kritikpunkte und Gegenargumente

1. Die Vorwürfe beziehen sich vielfach nicht auf die in der Ausstellung tatsächlich genannten Fakten, sondern sie interpretieren die Fakten nach eigenem Geschmack

So wird die schlichte Beschreibung der Diskussion in den Vereinten Nationen vor Verabschiedung der Teilungs-Resolution oder die Darstellung der Teilungs-Resolution interpretiert, als solle damit die Existenz Israels in Frage gestellt werden. Oder mit der Verwendung des Begriffs der „Nakba“ (arabisch: Katastrophe, arabische Bezeichnung für die Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948) werde die Gründung des Staates Israel zu einer Katastrophe erklärt und damit werde schon im Titel deutlich, welches Wunschziel der Ausstellung zugrunde liege, nämlich die Abschaffung des Staates Israel. Ebenso wird allein die Thematisierung des von den Vereinten Nationen regelmäßig bestätigten Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge als die Forderung nach einer vollständigen Rückkehr aller Flüchtlinge gedeutet, um damit die Zerstörung Israels herbeizuführen.

Tatsache ist aber, dass die Ausstellung die Fakten ohne jede Schuldzuweisungen vorträgt. Bewertungen kommen allenfalls in Form von als solche deutlich gekennzeichneten Zitaten vor. Die Fakten werden zudem durch Quellenangaben belegt, wobei häufig gleichzeitig auf verschiedene Quellen (israelische, palästinensische, deutsche u.a. Historiker) verwiesen wird.

2. Es wird beanstandet, dass die Nakba-Ausstellung einseitig sei

Dieser Vorwurf läuft ins Leere, da die Ausstellung ausdrücklich (s. Motivation im Nakba-Katalog) für sich in Anspruch nimmt, eine Sichtweise, nämlich die der Palästinenser, darstellen zu wollen. Begründet wird dies u.a. damit, dass diese Sichtweise bei uns im Gegensatz zur israelischen Sichtweise weitgehend unbekannt ist. Dies zeigt sich schon daran, dass kaum jemand bei uns den für die Palästinenser so bedeutenden Begriff der „Nakba“ kennt. Betont werden soll noch, dass diese palästinensische Sichtweise insbesondere auch von den „neuen Historikern“ in Israel bestätigt wird, also so einseitig nicht ist.

3. Es wird behauptet, die Ausstellung würde ein palästinensisches Volk bzw. eine palästinensische Nation erfinden, das/die es gar nicht gäbe.

Diese Verneinung dient ausschließlich dazu, den Palästinensern ihre staatlichen Rechte generell abzusprechen. Im übrigen benutzt die Ausstellung beide Begriffe nicht ein einziges Mal, wobei dagegen durchaus nichts einzuwenden gewesen wäre. Nur weil sich die Palästinenser bis in die Mandatszeit überwiegend als Teil einer großen arabischen Nation verstanden haben, waren sie zweifellos die Jahrhunderte langen Bewohner Palästinas mit allen Rechten auf eine staatliche Existenz, spätestens ab der Teilungsresolution Ende 1947. Anstatt sich über die nationalstaatlichen Ansprüche der Palästinenser zu erregen, sollte man sich lieber darüber Gedanken machen, woher diese Ansprüche kommen. Schließlich haben vor allem die europäischen Mandatsmächte mit ihren willkürlichen Grenzziehungen überall in der Welt und auch im Nahen Osten erst zur Entstehung von konflikträchtigen Nationalismen beigetragen. Wenn al-

Anschrift :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Birnenweg 2 :: 72793 Pfullingen :: Tel +49 7121 78556
Fax +49 7121 5316633 :: www.lib-hilfe.de :: info@lib-hilfe.de

Spendenkonto :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Volksbank Reutlingen :: Kto. 6 337 007 :: BLZ 640 901 00
IBAN DE02 6409 0100 0006 3370 07 :: BIC VBRUDE6R

so Europa schon neue Nationalstaaten geschaffen hat, dann sollten die Europäer auch die sich innerhalb dieser Grenzen entwickelnden nationalen Identitäten respektieren.

4. Es wird von Seiten der Kritiker an den Mythen festgehalten

Dazu gehört z.B. der Mythos, dass die arabischen Führer die Bevölkerung Palästinas zum Verlassen des Landes aufriefen und die Menschen gewissermaßen freiwillig gegangen sind, um später mit den siegreichen arabischen Armeen zurückzukehren. Tatsächlich haben Historiker keine einzige Radioaufnahme gefunden, die das belegen könnte. Als Quelle für die Fluchtgründe von mehr als 370.000 Palästinensern von November 1947 bis Ende Mai 1948 (also bis kurz nach Beginn des arabisch-israelischen Krieges) wird in der Ausstellung auf Tafel 5 die Israelische Armee (IDF) angeführt. Sie selbst gibt als Fluchtgründe u.a. an: 55% wegen jüdischer Angriffe auf arabische Siedlungszentren und 15% wegen terroristischer Akte von zionistischen Milizen. Selbst eine „freiwillige“ Flucht der Palästinenser hätte im übrigen nach völkerrechtlichen Maßstäben nicht ihr Recht auf Rückkehr in ihre Heimat außer Kraft gesetzt.

5. Es wird bemängelt, dass bestimmte Fakten fehlen

Der Vorwurf, die Ausstellung lasse bestimmte Informationen weg, trifft auf jede Ausstellung zu, insofern, als sich jede Ausstellung begrenzen muss und sich bestimmte Schwerpunkte setzt. Da die Nakba-Ausstellung die palästinensische Sichtweise vermitteln will, fehlen logischerweise manche Fakten, welche die israelische Sichtweise in den Vordergrund stellen würde. Entscheidend ist aber, dass es nicht zu einer Verzerrung der Tatsachen kommt. Das ist nicht der Fall, wie im Folgenden erläutert wird:

a) Es fehle der Hinweis, dass es schon in den 20-er Jahren von arabischer Seite pogromartige „antisemitische“ Übergriffe auf die Juden im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina gegeben habe.

Hier sind insbesondere die blutigen Auseinandersetzungen 1929 in Jerusalem, Hebron und Safed gemeint, also in Orten, in denen jüdische und nichtjüdische Araber seit Jahrhunderten ein Auskommen miteinander hatten, zionistische Neueinwanderer also vordergründig nicht der Auslöser für die Unruhen waren. Gern wird dieser Umstand benutzt, um allen arabischen Palästinensern einen grundsätzlichen, quasi angeborenen Antisemitismus zu unterstellen und diesen Antisemitismus als alleinige Ursache der Gewalt gegen Juden zu betrachten, der zudem bis heute als treibende Kraft fortbesteht. Eine historische Beurteilung der Situation wie sie zum Ende der Kolonialzeit bei anderen Kolonialkonflikten sonst üblich ist, nämlich Aufstände und Befreiungsbewegungen als Auseinandersetzungen zwischen der Kolonialmacht und dem kolonisierten Volk zu begreifen, wird im Nahostkonflikt zu Unrecht vollständig zurückgewiesen. Tatsächlich hat aber die palästinensische Bevölkerung nicht nur die Engländer, sondern auch die Zionisten als Kolonialmacht wahrgenommen, die ihnen ihr Land streitig machen wollen. Spätestens ab 1917 (Balfour-Erklärung) war das Ziel der Einwanderung (unabhängig von der

Motivation) für die palästinensische Bevölkerung offensichtlich, nämlich die Errichtung einer jüdischen Heimstatt auf dem Boden Palästinas.

Speziell zu den 1929-Unruhen und ihren Ursachen empfehle ich Alex Winder, *The „Western Wall“ Riots of 1929: Religious Boundaries and Communal Violence, Journal of Palestine Studies*, Vol. XLII, No. 1 (Autumn 2012), pp. 6-23. Er macht überzeugend deutlich, wie sich vor dem Hintergrund der zionistischen Einwanderung gerade in den Orten mit jahrhundertealter jüdischer Tradition der Status Quo der zwischen Muslimen, Juden und Christen streng austarierten traditionellen religiösen Beziehungen zugunsten der jüdischen Seite zu verschieben begann. Diese substantiellen Machtverschiebungen im kommunalen Gefüge sieht er vor allem als Auslöser für die blutigen Unruhen, denen in weniger als einer Woche 133 Juden (überwiegend von arabischen Aufständischen getötet) und 116 Araber (überwiegend von britischen Sicherheitskräften getötet) zum Opfer fielen. Schierer Antisemitismus würde auch nicht erklären, warum friedliches Zusammenleben über Jahrzehnte möglich war und dann plötzlich gewaltsam unterbrochen wurde.

Tafel 2 der Ausstellung befasst sich in insgesamt 8 Absätzen mit der Zeit zwischen Beginn und Ende des britischen Mandats (1922-1947). Insofern konnten nicht alle historischen Details wie die Aufstände von 1929 berücksichtigt werden. Es wird in der Ausstellung andererseits aber auch nicht darauf eingegangen, welche spürbaren negativen Auswirkungen die zionistische Einwanderung für die einheimische arabische Bevölkerung hatte. Es wird nur in einem Satz vom Verlust des Lebensunterhalts für Tausende palästinensischer Kleinbauern gesprochen. Kein Wort z.B. von dem Prinzip der „Jüdischen Arbeit“, das die zionistische Gewerkschaft Histadrut propagiert hat: sie forderte, keine arabisch-palästinensischen Arbeitnehmer in jüdischen Unternehmen einzustellen und rief zum Boykott auf gegen diejenigen jüdischen Unternehmen, die sich dem widersetzen.

Die Ausstellung geht im übrigen auch mit der Aufzählung von Terroranschlägen bzw. Massakern von zionistischer Seite sehr sparsam um. Nur ein einziges Massaker (Deir Yassin) wird genannt. So bedeutsame Anschläge wie der Terroranschlag auf das King-David-Hotel in Jerusalem (1946, durch die zionistische Miliz Irgun unter Menachim Begin, mit fast 100 zivilen Opfern) und die Ermordung von Graf Folke Bernadotte, den UN-Vermittler für Palästina (September 1948, durch die zionistische Lechi-Gruppe, Führer Itzchak Schamir) werden nicht genannt. Graf Bernadotte hatte die israelische Regierung im Juni 1948 darum gebeten, die Rückkehr von 300.000 palästinensischen Flüchtlingen zu ermöglichen.

b) Es fehle der Hinweis auf Hajj Amin al-Husseini, den Mufti von Jerusalem, der in den späten 30-er Jahren in Deutschland mit dem Nazi-Regime zusammengearbeitet hat und ein bedeutender palästinensischer Führer gewesen sei.

Hajj Amin al-Husseini wurde 1921 von der britischen Mandatsmacht zum Mufti von Jerusalem ernannt, der höchsten religiös-rechtlichen Autorität der arabischen Bevölkerung Palästinas. In den 30-er Jahren war er der bekannteste Führer der palästinensischen Nationalbewegung. Die zweifelhafte Politik der Zusammenarbeit mit den deutschen Nationalsozialisten in den 40-er Jahren ist in der Tat zu verurteilen. Sein Einfluss und sein Rückhalt in der palästinensischen

Bevölkerung nach Verabschiedung der UN-Teilungsresolution im November 1947 kann aber nur als marginal bezeichnet werden und war für den Verlauf der Nakba ohne Bedeutung war. Der geringe Rückhalt, den Hajj Amin al-Husseini in der palästinensischen Bevölkerung hatte, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass sich nur 2-3000 Mann bei insgesamt 1,3 Millionen Palästinensern (etwa 0,2% der Bevölkerung) seinem Kommando unterstellten. Vergeblich sucht man auch nach Institutionen, Plätzen oder militärischen Verbänden, die nach ihm benannt worden sind. Al-Husseini ist also auch unter den Palästinensern durchaus umstritten.

Es ist auch zweifelhaft, ob durch den Mufti und seine Kampfansage an die Teilung Palästinas die gewaltsame Umsetzung der zionistischen Ziele befördert worden ist. Denn die zionistische Führung rechnete in jedem Fall mit dem Widerstand von Teilen der einheimischen Bevölkerung. Zudem stellte Ben Gurion schon Mitte März 1948 (also kurz bevor Plan Dalet zum Einsatz kam) fest, „die überwältigende Mehrheit von ihnen (den Palästinensern) will nicht gegen uns kämpfen.“ (Ilan Pappé „Die ethnische Säuberung Palästinas“, S.94, lt. Political and Diplomatic Documents, Document 274, S. 460).

Trotzdem muss vor allem die Person des Mufti dazu herhalten, um jeden Widerstand der Palästinenser gegen den Verlust großer Teile ihrer Heimat in der Vergangenheit und bis heute als seinem Wesen nach antisemitisch zu verunglimpfen. Damit soll jeglichen berechtigten politischen Ansprüchen der palästinensischen Seite die Legitimation abgesprochen werden. Der vollkommen übersteigerte und undifferenzierte Antisemitismusvorwurf an die palästinensische Seite erscheint auch als ein bedenkliches Mittel, um die Verbrechen Nazi-Deutschlands an den Juden Europas zu relativieren.

6. Es wird das Fehlen von Fakten unterstellt, obwohl das nicht zutrifft

a) Sowohl der Angriff der arabischen Armeen auf Israel am 15.5.1948 als auch ihre Stärke werde verschwiegen.

Tatsache ist, dass die Überschrift von Tafel 6 lautet: „Der israelisch-arabische Krieg von Mai 1948 bis Juli 1949“, in der Unter-Überschrift heißt es: „Am 15.5. erklären die arabischen Staaten Israel den Krieg“. Genau damit befasst sich der Text von Tafel 6. Auch eine Gegenüberstellung der Truppenstärken beider Seiten auf der Basis israelischer, englischer und palästinensischer Quellen ist dort zu finden.

b) Die Ausstellung unterschlägt die Tatsache, dass nach der Nakba auch Hunderttausende Juden ihre arabischen Heimatländer verlassen mussten.

Dies wird auf Tafel 9 mit einer eindeutigen Karte dargestellt und auch thematisiert. In Bezug auf die Juden in den arabischen Ländern, dem politischen Druck, der auf ihnen lastete und der zu ihrer Auswanderung nach Israel führte, werden gern Ursache und Wirkung verwechselt. Der Zionismus, die daraus folgende israelische Staatsgründung gegen den erklärten Willen

...
der einheimischen, mehrheitlich palästinensischen Bevölkerung und die Vertreibung Hunderttausender Palästinenser waren die Ursache, der politische Druck in den arabischen Ländern auf die jüdische Bevölkerung war die Folge. Die Einwanderung aus den arabischen Ländern nach Israel wurde von der israelischen Regierung im übrigen nach Kräften gefördert. So ließen sich im Irak ab März 1950 Zehntausende Juden zur Auswanderung registrieren. Eine Luftbrücke brachte sie nach Israel. Es gibt deshalb auch keine Forderungen auf Rückkehr der jüdischen Einwanderer in die arabischen Länder von israelischer Seite. Mir sind auch keine UN-Resolutionen bekannt, die sich mit der Problematik befasst haben. Eine Aufrechnung von palästinensischen Flüchtlingen und jüdischen Einwanderern ist daher unzulässig.

c) Die Ausstellung verheimliche die grundsätzlich schlechte Behandlung, welche die palästinensischen Flüchtlinge in den arabischen Aufnahmestaaten erfahren.

...
Tatsache ist, dass die Tafeln 10 und 11 genau diese Thematik aufgreifen. So weist Tafel 10 auf die schwerwiegenden Benachteiligungen hin, denen die Flüchtlinge speziell im Libanon ausgesetzt sind. Ergänzend zu den Ausführungen dort, soll hier noch darauf verwiesen werden, dass bei der Verweigerung der Rechte für die Flüchtlinge im Libanon die Christen eine maßgebliche Rolle spielen, insofern als sie ihren politischen Einfluss durch die überwiegend sunnitischen Palästinenser gefährdet sehen. Die Situation der palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien, in Syrien, in den von Israel besetzten Gebieten (Gaza, Westbank) und in Israel selbst wird auf Tafel 11 dargestellt. In Jordanien erhielten die Flüchtlinge von 1948 die Staatsbürgerschaft, sind also anderen Jordaniern grundsätzlich gleichgestellt. In Syrien (vor der Syrienkrise) blieben sie zwar im Flüchtlingsstatus, erhielten aber weitgehend alle zivilen Rechte, so dass sie ein gutes Auskommen hatten. Ihre politischen Rechte waren wie im übrigen auch die der Syrer selbst sehr eingeschränkt.